



Inklusion unter Corona-Bedingungen im Landkreis Tirschenreuth: Situationen - Erfahrungen - Folgerungen

Inklusion im Corona-Stresstest stark gefährdet
12 Schlussfolgerungen

Eine Studie des Netzwerks Inklusion Landkreis Tirschenreuth



Kurzfassung

Hintergrund und Anlass für die Studie war die besondere Pandemie-Situation im Landkreis Tirschenreuth in den Monaten März bis Sommer im Jahr 2020. Die außerordentlich hohe Zahl von Infizierten und im Zusammenhang mit dem Corona-Virus Verstorbenen verschaffte der Region in den bundesdeutschen Medien über Monate hinweg eine besondere Aufmerksamkeit. Insgesamt fehlte jedoch bei allen Betrachtungen der Blick auf die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen von Maßnahmen auf das Zusammenleben und die soziale und psychische Situation der Menschen, insbesondere der Menschen mit Behinderungen. Mit diesen Fragen beschäftigte sich ab Sommer 2020 das „Netzwerk Inklusion Landkreis Tirschenreuth“.

In der vorliegenden Studie wurden zwei Zielgruppen befragt: Selbstvertreter:innen mit Behinderung, Angehörige und Personen mit öffentlichen Funktionen im Bereich Inklusion sowie soziale Einrichtungen, Vereine und öffentliche Institutionen aus dem Bereich Inklusion. Insgesamt schilderten 30 Personen aus 23 Haushalten und 45 Einrichtungen ihre Erfahrungen. Da Fallberichte, persönliche Erlebnisse und Eindrücke erhoben wurden und keine statistischen Befunde, besteht immerhin eine starke „anekdotische Evidenz“. Daraus wurden Porträts aus typischen Lebenssituationen und Arbeitsfeldern und zwölf Thesen zu Erwartungen und Forderungen an staatliche und gesellschaftliche Akteur:innen entwickelt.

Generell und durchgängig als z. T. erhebliche Beschwerden und Herausforderungen benannt wurden die Themen: Wegfall der Unterstützung, verstärkte Durchhalte-mentalität, Vergrößerung der sozialen Unterschiede, Vereinsamung und Isolation, unzureichende Information und Kommunikation, Einrichtung von (digitalen) Ersatzangeboten, Verschärfung der sozio-ökonomischen Problemlagen, fehlende Differenzierung, individuelle Verhaltensänderungen und Verzichtsleistungen, psychische Belastung, Überforderung, fehlende Repräsentation, Solidarität und Ignoranz. Insgesamt kommen die Autor:innen zum Fazit: Inklusion ist einem Stresstest ausgesetzt und stark gefährdet.

Mit der Studie konnten viele gefühlte Bedarfs- und Bedrohungslagen belegt werden. Die für alle Beteiligten neue Situation bedarf einer guten Abwägung zwischen Schutz und Teilhabe und Entlastung. Allerdings ist Inklusion in der Gesellschaft (noch) nicht fest verankert und bestehende Schwachstellen wurden deutlich aufgezeigt. Die Menschen standen und stehen bei dieser Krise nicht in angemessener Weise im Fokus. Man kann im Landkreis Tirschenreuth auf grundlegende Strukturen aufbauen, jedoch nicht in jedem Feld zuverlässig und so flexibel wie notwendig. An vielen Stellen fand eine Reduktion und Absage an Prävention und Zusammenarbeit statt. Manche berichten von einer „digitalen Diskriminierung“. Trotz neuer Angebote und Hilfen konnten oftmals soziale und psychische Auswirkungen nicht kompensiert

werden – hier besteht eine große Lücke zwischen Anspruch und Umsetzung. Manche hatten schlichtweg den Eindruck, „vergessen worden zu sein“. Die mittel- und langfristigen Folgen davon sind nicht abschätzbar.

In der öffentlichen Wahrnehmung, sowohl lokal als auch bundesweit, war Inklusion ein nicht berücksichtigtes oder unterrepräsentiertes Thema. Doch auch ein dauerhaft angelegter Prozess muss in der Dringlichkeit mitgedacht werden und kann gerade wegen seiner Ausrichtung nicht einfach „aufhören“ oder „zurückgestellt werden“. Oftmals kamen hier alte paternalistische statt partizipative Muster zur Anwendung. Das Bemühen war bei allen Befragten sehr hoch – doch oftmals scheiterte es an äußeren Vorgaben oder strukturellen Möglichkeiten. Ein Ziel ist, genau diese Rahmenbedingungen zukünftig zu verändern und aus der gemachten Erfahrung zu lernen.

Die zwölf Schlussfolgerungen und Forderungen an staatliche und gesellschaftliche Akteur:innen lauten deswegen:

- Kontaktbeschränkungen differenziert nach existenziellen Bedürfnisse regeln
- Verständnis von Grundversorgung kontinuierlich erweitern
- Besondere Bedürfnisse und Entlastungsmöglichkeiten bei jeder Entscheidung mitdenken
- Hilfs- und Unterstützungsstrukturen gerade für Menschen mit Behinderung absichern
- Einheitliche Regelungen zwischen Behörden und Einrichtungen sicherstellen
- Schutzausrüstungen und Notfall-Strukturen dauerhaft auf Standby-Modus halten – präventiv agieren
- Bei jeder Entscheidung auf jeder Ebene deutlicher differenzieren
- Jede Entscheidung auch unter Zeitdruck begründen und verständlich für alle Bevölkerungsgruppen veröffentlichen
- Entscheidungen im Vorfeld partizipativ erarbeiten statt nur behördlich verfügen
- kontinuierlich „inklusiv denken“: Synergieeffekte zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteur:innen finanziell, personell, organisatorisch unterstützen
- Interessen von Menschen mit Behinderung nachhaltig wahrnehmen und ihre Bedürfnisse mutig und öffentlichkeitswirksam artikulieren
- An regionalen Runden Tischen (z.B. „Inklusions-Gipfel Tirschenreuth“) Erfahrungen sammeln und kritisch-konstruktiv aufarbeiten

Die Dokumentation und die Forderungen werden an Entscheidungsträger:innen auf allen Ebenen herangetragen - von Stadträt:innen, über Landrät:innen, Abgeordnete in verschiedenen Parlamenten bis hin zu Ministerien in München und Berlin, ferner an Interessengruppen und Behindertenorganisationen.

Impressum

Christina Ponader / Friedrich Wölfl
Netzwerk Inklusion Landkreis Tirschenreuth

ein Projekt der Lebenshilfe Kreisvereinigung Tirschenreuth e.V.
vertreten durch Roland Grillmeier (1. Vorsitzender)
und Franz Malzer (2. Vorsitzender)
Waldsassener Straße 9
95666 Mitterteich
www.lebenshilfe-tirschenreuth.de
www.inklusion-tirschenreuth.de

Layout: Christina Ponader / Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V.
Druck: FLYERALARM GmbH, Würzburg
Auflage: 150

Veröffentlichung: 02.2021

Förderung Druck:
#demokratieleben
#demokratielebenindermitteeuropas

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

